



Demokrat

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganjährlig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfterem
Einschaltungen Preisnachlaß.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 2. November 1922.

Nr. 257.

Die Diktatur der Reaktion.

Es gab eine Zeit, da hatte die italienische Bourgeoisie für Benito Mussolini nur den Rosenamen übrig: „questo porco Mussolini“ (dieses Schwein Mussolini). Das war, als Mussolini es durch sein zweifellos starkes rednerisches und schriftstellerisches Talent, wie durch seinen zur Schau getragenen syndikalistischen Radikalismus bis zum leitenden Redakteur des sozialistischen „Avanti“ gebracht hatte, und ehe noch seine später sich herausstellende politische Unzuverlässigkeit ihn mit der sozialistischen Partei wieder auseinanderbrachte. Heute ist Mussolini, der abtrünnig Gewordene, Ministerpräsident des italienischen Staates und stolze Hoffnungsquelle nicht nur der italienischen Bourgeoisie, sondern der aller Länder, die in ihm, offen oder heimlich, den Bezwinger der sozialistischen Arbeiterbewegung feiern. Mussolini hat mit Hilfe der faschistischen Horden die Staatsmacht in Italien an sich gerissen, die internationale Reaktion hat einen weiteren Sieg errungen.

Die Eroberung der Macht ist Mussolini eigentlich federleicht geworden. Vom Tage der Gründung des Faschismus wurde dieser von der Staatsgewalt gehätschelt und ihm ein Stück des staatlichen Geltungsbereiches nach dem andern überlassen. Staatsmacht und Bourgeoisie erblickten in ihm das Werkzeug zum Kampfe gegen das Proletariat, um dieses durch die Organisation des weißen Schreckens niederzurufen. Die Methoden der unter kommunistischer Führung stehenden italienischen Arbeiterschaft, eine Führung, die sinnlos die Grenzen ihrer Macht außeracht ließ, trieb dem Faschismus immer neue Anhänger zu und mit jedem Erfolg gegen die von den Turkestanern Moskows irreführte Arbeiterschaft wuchs ebenso sein Ansehen, wie jenes der staatlichen Macht abnahm. Es gab bald kein Gebiet des öffentlichen Lebens, auf dem der Faschismus nicht seinen gewalttätigen Einfluß geltend gemacht hätte. Nach der Niederringung des letzten leichtfertigen ins Werk gesetzten Generalstreiks hatte der Faschismus gewonnenes Spiel. Noch einmal erprobte er seine Macht durch die Forderung nach Abjehung des der deutschen Bevölkerung gegenüber toleranten Gouverneurs von Südtirol, die ihm durch die bloße Kampfansage gelang, dann holte Mussolini nach der diesem Handstreich folgenden großen faschistischen Heerschau in Neapel zum entscheidenden Schläge aus, der, ehe er noch vollführt wurde, dem Faschismus den Staat in die Hände spielte. Der König, vor die Wahl gestellt, entweder den Kampf mit dem Faschismus zu wagen und dadurch die italienische Arbeiterschaft von ihren Fesseln zu befreien, oder vor Mussolini zu kapitulieren, entschied sich als echter König der nationalen Bourgeoisie für das letztere.

Der Sieg Mussolinis bedeutet den Sieg des Kapitalismus über das italienische Proletariat, die Errichtung der Diktatur der Reaktion. Man lese nur, was der Bolschewistenbezwinger auf der Faschistentagung in Neapel über Demokratie und Parlamentarismus zu sagen wußte: „Das Parlament ist das ganze Rüstzeug der Demokratie. Man sagt von uns, daß wir dem Volke dieses sein Spielzeug nehmen wollen. Ich sage „Spielzeug“, denn ein großer Teil des italienischen Volkes hat für das Parlament bloß diese Einschätzung. . . . Immer im Verlaufe der Geschichte hat in Kämpfen grundsätzlicher Interessen und Ideen einzig die Kraft den Ausschlag gegeben. Darum haben wir unsere Legionen organisiert und ihnen eine eiserne Disziplin eingebläht. Da der Kampf auf dem Gebiete der Kraft ausgezogen werden muß, wird der Sieg uns zufallen müssen.“ Das Parlament, die Demokratie ein Kinderspielzeug, die Gewalt, sei es auch die einer Minderheit, als Mittel der Eroberung der staatlichen Macht — ist es nicht, als hörte man Lenin und Trotzki sprechen, deren Ideologie so erstaunlich parallel läuft den Anschauungen Mussolinis? In der ersten Zeit seines Siegeszuges hat sich die wahre Tendenz des Faschismus hinter nationalitätlichen Schlagworten verborgen gehalten, jetzt hält er es für überflüssig, länger sein wahres Gesicht zu verhüllen. So zeigte er sich denn offen als der Lohfeind der Demokratie und des Parla-

Die deutschen Gewerkschaften gegen die Markentwertung.

Innere Anleihe. — Bessere Steuererlassung der Besizenden. — Auslandsanleihe.

Berlin, 1. November. (Eigenbericht.) Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, auch die der nichtsozialistischen Gewerkschaftsbünde, haben an die Regierung und an die Parteien des Reichstags ein Schreiben gerichtet, das sofortige weitere Maßnahmen gegen die Markentwertung verlangt. Der Einschränkung des Devisenhandels sollen weitere Schritte folgen. Durch die Durchführung einer wertbeständigen inneren Anleihe kann die Stütze der deutschen

Mark erreicht werden, weiters sei die Befundung der Staatsfinanzen durch eine bessere Steuererfassung bei den besizenden Klassen herbeizuführen, die Verhandlungen zur Erreichung einer Auslandsanleihe aufzunehmen. Das Bestreben der Regierung müsse darauf gerichtet sein, die Reparationskosten auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen. Die Gewerkschaften verlangen bessere Kontrolle der Kartelle, Syndikate und Trusts.

* * *

Um den Goldschlag der Reichsbank.

Berlin, 1. November. (Eigenbericht.) Der von den Parteiführern eingesetzte parlamentarische Sachausschuß zur Beratung wirtschaftspolitischer Fragen hat seine Sonntag begonnenen Verhandlungen heute fortgesetzt. Die steuer- und finanzpolitischen Fragen sollen Montag und Dienstag der folgenden Woche beraten werden. Der Reichsbankpräsident Savenstein leistet weiter Widerstand gegen die Einleitung wirksamer Maßnahmen gegen die Markentwertung. In der öffentlichen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank erklärte er, daß es zwecklos sei, einen Teil des Goldschlages zur Deckung einer Anleihe zu verwenden, da Deutschland ohne fremde Hilfe seine Währung nicht festlegen könne. Zuerst müsse durch ein Moratorium eine annehmbare Lösung des Reparationsproblems in Aussicht gestellt werden. Der Kredit der Reichsbank werde nur untergraben werden, wenn der Goldschlag zur Deckung von Anweisungen verwendet werde. Mit einem geringfügigen Teil könne ein einmaliger Versuch gemacht werden. Aus all dem geht hervor, daß dasselbe gemacht werden soll wie bei der Devisenverordnung. Die Bank- und Industriekreise haben es verhindert, daß die Verordnung durch andere geeignete Maßnahmen wirksam würde. Ebenso sollen nun alle anderen Versuche zur Stützung der Mark wirkungslos gemacht werden.

Die Verhandlungen der Reparationskommission.

Berlin, 1. November. Die erste Verhandlung der Reparationskommission verlief in durchaus sachlicher Form. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, bezeichnete 1. die Bilanzierung des Budgets, 2. die Frage der schwebenden Schuld und 3. die Stabilisierung der Mark als die drei Hauptaufgaben, die behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtigt nicht, die deutsche Souveränität anzutasten. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher übersehen läßt. Bei der Besprechung dieses Themas wurden von der Gegenseite verschiedene Fragen gestellt, mit dem Zweck, darüber näheres Material im Laufe der nächsten Sitzung zu erhalten. Staatssekretär Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets etwa 440 Milliarden betragen wird, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrages geht.

Mussolini gegen den Terror.

Rom, 31. Oktober. (Davas.) Auf Anordnung Mussolinis wird jedes Vorgehen der Faschisten gegen die Kommunisten streng verfolgt werden. Hierbei wird zwischen einer gemeinsamen Aktion und einer solchen von Einzelpersonen kein Unterschied gemacht werden.

mentarismus, als die hemmungslose, brutale Diktatur der kapitalistischen Klassen.

Darin liegt auch die Ursache, daß der faschistischen Halenkreuzlern die Herzen der Reaktion aller Länder jubelnd entgegenliegen. Auf dem Boden des Anti-Parlamentarismus und der Anebelung der Arbeiterklasse finden sie sich alle, die sich sonst national schroff gegenüberstehen, brüderlich zusammen. Der Erfolg Mussolinis läßt sie Morgenluft wittern. Der Führer der Deutschnationalen im Reich, Herzt, hat vor einigen Tagen auf dem Kongreß seiner Partei ganz im Ton und Stil der Faschisten erklärt, „wir werden unsere Tätigkeit aus dem Reichstage ins Volk hinaus verlegen“ und er schloß mit den Worten: „In China hieß es, die Deutschen vor die Front, vielleicht wird es in diesem Winter heißen, die Deutschnationalen vor die Front“. Auch unsere Lobdams und Jungts führen die gleiche Sprache, welche trotz aller nationalitätlichen Verflechtung nichts anderes ist, als die Sprache der vereinigten bürgerlichen Reaktion in ganz Europa. In Ungarn wird der Horthismus, in Desterreich das Heimwehren- und Frontkämpfertum, in Deutschland das Halenkreuzertum neue Kraft aus Mussolinis Erfolg saugen. Auch bei uns äußert sich die Freude der tschechischen Nationaldemokraten, der Seelenverwandten des Faschismus, die je eher je lieber die Errichtung der Militär- oder Legionärdiktatur sähen, ganz unverhohlen. Der Faschismus terrorisiert und vergewaltigt wohl die Deutschen in Südtirol, aber das kann der Begeisterung der Deutschnationalen für ihn keinen Abbruch tun. Der Faschismus bedroht wohl die Grenzen Jugoslawiens, er droht auch die Tschechoslowakei in kriegerische Verwicklungen hineinzureißen, er hat in Triest und Fiume Gewalttat auf Ge-

walttat gegen Jugoslawen verübt, tut nichts, das Armarischblatt, die „Narodni Listy“, begrüßen in ihm doch eine stolze Hoffnung, ist er doch Fleisch von ihrem Fleische. Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien stellt das Proletariat auch in allen anderen Ländern vor ernste Gefahren.

Die italienische Arbeiterschaft wird vorerst stumm und geduldig die faschistische Diktatur über sich ergehen lassen müssen. Ihr fehlen infolge der Niederlagen, in welche sie der Moskauer Faschismus hineingeht hat, alle Kampfmöglichkeiten. Noch vor einem Jahre, bei den italienischen Parlamentswahlen, war es der Arbeiterklasse Italiens möglich, sich des Ansturmes der Faschisten zu erwehren. Aber die Bolschewisten ruhten nicht eher, als bis die Kraft des Proletariats hoffnungslos zersplittert war. Nun liegt es, in drei, vier Teile gespalten, in Ketten und Fesseln geschlagen, ohnmächtig am Boden — eine furchtbare Warnung für die Arbeiter der ganzen Welt, den Methoden und Lockungen der Kommunisten zu vertrauen.

Aber die augenblickliche Wehrlosigkeit des italienischen Proletariats kann nicht nutzlos stimmen. Der Faschismus, heute mächtig, muß schließlich an sich selbst zugrunde gehen. Sucht er sein Programm, welches das Programm des tollsten Imperialismus ist, zu erfüllen, so führt Mussolini sein Land und Volk dem Kriege entgegen; baut er dagegen seine prahlerischen Verprechungen und Verlobigungen ab und fügt sich den realpolitischen Notwendigkeiten, so gibt er sich selber auf. Beide Wege — einen dritten gibt es nicht — müssen zum Untergang des Faschismus führen. Ehe sich freilich diese notwendige Entwicklung vollzieht, stehen dem italienischen Proletariat und der Arbeiterklasse in allen Ländern ernste Tage bevor.

Die Wirtschaftskrise und die Krankentassen.

Von MUDr. Ernst Lieben (Zürn).

Schon die Grippeepidemie, welche im Herbst des Jahres 1921 begann und bis Ende März 1922 dauerte, bedeutete für die Krankentassen eine schwere Belastung. Die Tepitzer Bezirkskrankentassa berechnet den mit der Grippe verbundenen Mehraufwand mit annähernd zwei Millionen Kronen für ihren Wirkungsbereich.

Noch viel schlimmer, ja geradezu katastrophal muß sich die Gebarung der Krankentassen gestalten, wenn die schwere Wirtschaftskrise sich weiter ausdehnt und länger anhält. Durch die zunehmende Zahl der Arbeitslosen wird die Zahl der Mitglieder immer geringer, manche Klassen haben jezt schon einen Verlust ihrer Mitgliederzahl von 15 bis 20 Prozent zu verzeichnen. Das bedeutet selbstverständlich geringere Einnahmen für die Klassen. Die Einnahmen werden auch noch geringer durch den Lohnabbau, da die Arbeiter aus den höheren Lohnklassen in die niedrigeren Lohnklassen eingereiht werden; dadurch sinken auch die Krankentassenbeiträge. Demgegenüber steigen die Ausgaben der Krankentassen in enormer Weise.

Die Arbeitslosen belasten die Krankentassen naturgemäß viel mehr als die beschäftigten Arbeiter. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitslosen versuchen, sich in den Bezug des Krankengeldes zu setzen. Das Krankengeld ist ja in jedem Falle höher als die Arbeitslosenunterstützung, die bei der Lebensmittellieferung trotz allem Preisabbau nicht hinreicht, den Hunger einer mehrtägigen Familie zu stillen.

Nun sind ja die Krankentassen nicht dazu da, die arbeitslosen, sondern die Kranken Arbeiter zu unterstützen. Es deckt uns aber die furchtbare Wirtschaftskrise die erschreckende Tatsache auf, daß die Zahl der Kranken Arbeiter viel größer ist, als man gemeinhin annimmt. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten trotz ihrer Krankheit solange sie Arbeit haben. Im Momente der Betriebseinstellung melden sie sich krank. Hierher gehören vor allem die zahllosen jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche an Spinalgelähmung, an beginnender Lungenentzündung leiden. Das Heer dieser Kranken hat in den Jahren nach dem Umsturz in erschreckender Weise zugenommen. Kein Wunder bei der furchtbaren Wohnungsnot, unter der die Arbeiterschaft in entschuldigender Weise leidet und gegen die der Staat in sträflicher Leichtfertigkeit fast alles unterlassen hat. Dieses große Heer von beginnenden Lungenkranken, die, streng genommen, noch arbeitsfähig sind, für die aber die Fabrikarbeit eine große Gefahr bedeutet, belastet die Krankentassen in außerordentlicher Weise. In Deutschland, das schon jahrzehntelang eine Invalidenversicherung besitzt, wurden die „arbeitsfähigen Kranken“ aus den Fabriken herausgenommen und auf Kosten der Invalidenversicherung einem vorbeugenden Heilverfahren in musterhaft eingerichteten Heilstätten unterzogen. Wir aber hatten und haben kein Geld für eine Invalidenversicherung; wir haben nur sehr wenige, nur mangelhaft eingerichtete Heilstätten für Lungenkranke; wir brauchen das Geld für den „materiellen Ausbau“ unserer Wehrmacht. Ein großer Teil dieser an Lungenspitzenkatarthen Leidenen wird von den Kasernenärzten in liberaler Auslegung der Vorschriften als arbeitsunfähig anerkannt, obwohl sie — wenn auch mit Temperatursteigerungen (von 37 Grad bis 37,6 Grad und mehr) gezwungen arbeiten würden, wenn Arbeit vorhanden wäre.

Aber nicht nur der Mangel der Invalidenversicherung, auch das Fehlen der Altersversicherung macht sich in der Zeit der Krise noch schwerer bemerkbar. In unserem humanen Zeitalter werden die alten Arbeiter in Zeiten der Krise nicht zuletzt verlassen, sondern müssen oft zuerst daran glauben. Ja, aber Alter ist keine Krankheit; für Altersschwäche darf die Krankentassa streng genommen kein Krankengeld bezahlen. Zum Glück ist aber Alter oft mit Krankheit verbunden. So meldeten sich bei mir in diesem Jahre zwei alte Straßenther, brave Arbeiter, die ich seit Jahren als fleißig und arbeitsam kannte, krank. Der eine wurde mit seinem Anspruch nach wenigen Wochen Krankengeld bezug abgewiesen, weil alle seine Beschwerden, seine Arbeitsunfähigkeit nur durch das hohe Alter bedingt war; er darf auf Grund unserer Besetze verhungern. Der andere Straßenther hatte zum Glück neben seinen Altersbeschwerden einen Magenkrebs; er bekommt, wenn er es erlebt, ein volles Jahr Krankentassenunterstützung. Sind solche Verhältnisse nicht ein Schoß auf unsere vielgerühmte Humanität, nicht

eine Schande für unsere fortschrittliche Republik? Nun ja, wir werden immer vertriebt: „In Rumänien, Serbien, Polen ist es noch viel schlimmer.“

Aber auch die mangelhafte Unfallversicherung trägt dazu bei, den Krankentassen große Kosten aufzubürden. Für die ersten vier Wochen bekommt die Krankentassa bei Unfällen keinen Rückertrag; erst von der fünften Woche zählt die Unfallversicherungsgesellschaft einen Rückertrag, der keineswegs die Kosten der Krankentassa deckt. In der jetzigen Zeit der Krise hat der infolge Unfalls verletzte Arbeiter oft gar keinen Grund, die Heilung zu beschleunigen, denn oft hat er nach Beendigung des Heilverfahrens nichts anderes zu erwarten als Arbeitslosigkeit und Hunger. Ich stehe nicht an zu behaupten, daß die Krankentassen auch durch Selbstbeschädigung vereinzelt geschädigt werden. Im Kriege hat es zahllose Selbstbeschädigte gegeben, die sich selbst beschädigten, um nicht als Kanonenfutter an die Front zu müssen. Ich habe in einem Regiment gedient, in welchem die Unterschenkelschwüre sich epidemisch in einer Art verbreiteten, wie man sie niemals vor und nach dem Kriege sah; die Ursache der „Epidemie“ war klar. Jetzt kommt es vor, daß sich Arbeiter beschädigen, um Krankengeld zu beziehen, um mit ihren Familien nicht zu verhungern. Wer wollte pharisäisch auf sie einen Stein werfen?

Damit sind aber die Ursachen des hohen Krankentassens nicht erschöpft. Es gibt auch zahlreiche Kranke, die an akuten Erkrankungen leiden, an Anginen, an Rheumatismen, Bronchialkatarrhen usw. Alle diese Erkrankten dehnen bei den heutigen Verhältnissen in der Zeit des Stillstandes der Betriebe und der Kurzarbeiten ihre Konvaleszenz solange als möglich aus.

Gegen diese Erscheinungen sind die Kräfte machtlos. Eine sofortige Entlastung der Krankentassen wäre nur möglich, wenn die Arbeitslosenunterstützung erhöht würde, wenn sie in liberalerer, menschlicherer Weise zuerkannt würde als es jetzt geschieht. Eines aber lehrt uns die Krise, daß der Ausbau der Sozialversicherung nicht länger mehr hinausgeschoben werden darf, daß es höchste Zeit ist, die Alters- und Invalidenversicherung ins Leben treten zu lassen. Die Prager Regierungskreise trösten uns immer damit, daß die Krise eine vorübergehende Erscheinung sei, daß sie nicht lange dauern werde. Wir wissen nicht, ob das stimmt; das wird die Zeit lehren. Wir fürchten aber, daß die Krise doch solange dauern wird, daß viele Krankentassen unter der Last der auf sie hereinbrechenden Verpflichtungen zusammenbrechen werden. Auf diese Gefahr wollen wir rechtzeitig aufmerksam machen. Von dieser Gefahr werden deutsche und tschechische Arbeiter in gleicher Weise bedroht. Krankheit, Tuberkulose, Wohnungsmangel und Hunger bedrohen in Nordböhmen Deutsche und Tschechen in gleicher Weise. Nur in gemeinsamer Abwehr werden sie dieser Gefahr Herr werden.

Inland.

Viktor Dhl, der Unentwegte ist in der letzten Zeit besonders schreib- und redselig geworden. Die Brünner Spionageaffäre diente ihm zum Vorwand, um in zwei Prager Versammlungen der nationaldemokratischen Partei für „ein starkes nationales Regime“ zu reden. Auch schriebe er vor verhüllten Drohungen mit einem tschechischen Faschismus nicht zurück. Nun greift er auch in den „Narodni Listy“ das Wort. Er sagt im Verlaufe eines Polemik gegen den „Cas“, der sich gegen einen weiß-roten Faschismus wandte, unter anderem: „Es möge klar sein, wie es mit dem rot-weißen Faschismus steht. Auf die Straße zu gehen, ist nicht der Rat, den ich gab und gebe. Wenn aber der Ruf des tschechischen Volkes nach Recht und Gerechtigkeit vergeblich sein wird, wenn sich der staatliche Organismus vor dem deutschen

Terror beugen und wenn Respekt vor den Geistes nur von uns Tschechen gefordert werden wird, dann werden wir in der ersten Gefahr stehen, daß tatsächlich eine Bewegung hervorgerufen wird, die zu beherrschend nicht in unserer Macht sein wird, eine Bewegung, die Gott weiß, wer und, Gott weiß, wohin führen wird. Der Verleger der Nationalismus, dann kommt der „Hypernationalismus.“ Gott weiß, daß ich ihn nicht rufe, aber ich verschließe mich nicht vor den Himmelszeichen.“ Gott weiß also, daß Viktor Dhl den „Hypernationalismus“ nicht ruft — die Leser seiner Hegeposteln wissen aber, daß er gar zu gerne ein zweiter D'Annunzio wäre.

Eine neue slowakische Partei. Wir haben bereits vor einigen Wochen die Meldung gebracht, daß die tschechischen Nationaldemokraten einen Abweg ihrer Partei in der Slowakei zu sehen versuchen. Nun wird diese Nachricht durch ein Interview der „S. J. am Abend“ mit Doktor Jrenta bestätigt. Dieser erzählt, daß man sich bereits mehrere Monate mit der Absicht trage, eine neue Partei in der Slowakei zu begründen. Die neue Partei gedenkt bald mit ihrem Programm hervorzutreten, welches auf einer resoluten Abwehr gegen die Ungarn aufgebaut ist. Doktor Jrenta ist davon überzeugt, daß es auf diese Weise zu einem Zusammenschluß aller slowakischen Parteien kommen werde.

Ein neuer Kredit für die Arbeitslosenunterstützung. Heute nachmittags hält der sozialistische Ausschuss des Abgeordnetenhauses eine Sitzung ab, in welcher über den Gesetzentwurf verhandelt werden wird, laut welchem der Kredit für die Arbeitslosenunterstützung um 100 Millionen Kronen erhöht wird. Im Budget für das Jahr 1922 wurde der Posten für die Arbeitslosenunterstützung mit 65 Millionen angesetzt, der Regierungsentwurf erhöht demnach die Summe auf 165 Millionen Kronen. — Es ist trotzdem sehr fraglich, ob in Anbetracht der sich stets steigenden Arbeitslosigkeit diese 165 Millionen ausreichen werden. Abgesehen davon wäre es vielleicht weit nützlicher, die Summen für Notstandsarbeiten und ähnliches zu erhöhen, um hier die Wurzel des Übels anzufassen.

Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse. Heute findet eine Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses um drei Uhr und eine Sitzung des Budgetausschusses um dieselbe Zeit statt. Am Freitag den 3. November hält der Kulturausschuss eine Sitzung um drei Uhr ab. Der Kulturausschuss tagt am Dienstag den 7. November um einhalb 10 Uhr, der Erziehungsausschuss am Mittwoch den 8. November um dieselbe Zeit.

Ausland.

Die bayerische Ministerkrise.

Die bayerische Ministerkrise, die im Rücktritt des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld ihren sichtbaren Ausdruck gefunden hat, ist deshalb erfolgt, weil dieser wackelige Reaktionsar den herrschenden Parteien des Landes, der bayerischen Volkspartei und der erzmönchlichen Partei, noch nicht reaktionär genug ist. Er bekannte sich einmal in einer Rede, was man ihm nicht verzeihen kann, zu einem „ausgeklärten Förderalismus“, das heißt zu einem erträglichen Frieden mit der deutschen Republik, und er hat es ursprünglich auch gewagt, nach der Ermordung Rathenaus die republikanischen Schutzgesetze anzuerkennen. Wenn er später diese Anerkennung zurückzog und von der Reichsregierung Konzessionen erzwingen, so tat er das unter dem Druck der Landtagsmajorität. Die letzte Stütze für ihn und da in ihm aufdämmende gute Absichten verlor Lerchenfeld, als er in der Regierungskoalition die Demokraten gegen die Mittelpartei austauschen mußte. Damit war sein Sturz eigentlich besiegelt und er hat sich beschleunigt, nachdem die Mittelpartei und der vom „angekrönten König Bayerns“ Dr. Scheiner geführte rechte Flügel der Volkspartei miteinander kooperieren. Diese Zusammenarbeit setzte es durch, daß ein deutschnationaler

Monarchist das Justizministerium in Bayern übernahm, was hier die republikanischen Schutzgesetze völlig außer Kraft setzte, und jüngst erfolgte auf dem Parteitag der Volkspartei die zweite Kampfanlage gegen den Reichshochverrat und die Reichsverfassung. Das geschah in den von Dr. Scheiner betriebenen Forderungen nach einem bayerischen Staatspräsidenten mit unbestimmter Amtsdauer (also ein „Reichsverweser“ Dorthy Nr. 2), nach einer zweiten Berufs- und Ständekammer und nach einem Verfahren, welches durch Volksabstimmung und dergleichen die Lösung Bayerns von der Gesetzgebung des Reiches ermöglicht. Als Exekutor dieser Wünsche war zuerst der Justizrat Dr. Meyer ausersehen, welcher unter anderem die Anwesenheit des Fischenbachprozesses auf dem Gewissen hat, er sperrt sich aber, das Ministerpräsidentium zu übernehmen. Doch was auch immer kommen mag: die Reichseinheit ist durch den neuen, faschistischen Kurs in Bayern bedrohlich gefährdet.

Die deutschen Sozialdemokraten und der Faschismus.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“, die offizielle Korrespondenz der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bezeichnet den Faschismus genau so als Fremdkörper für das sozialistische Empfinden wie den Bolschewismus, hält aber die Gefahr, daß er Deutschlands Grenzen überschreiten könne, für weit größer. Dem Führer der „Pressedienst“ aus, „das Sozialsystem hat seine Anziehungskraft verloren, seit es auf dem Wege der Konzessionen das russische Proletariat dem fremden Kapital ausgeliefert hat. Und das trübt gewissenlos Verhalten der deutschen Kommunisten hat weiters dazu beigetragen, seine Werbekraft in Deutschland zu mindern. Kein Mensch mit gesunden fünf Sinnen glaubt in Deutschland an die Möglichkeit eines kommunistischen Sieges. Unvergleichlich drohender als der Bolschewismus steht in Deutschland sein Widerpart, der Faschismus, da. Er führt hier einen andern Namen als in Italien. Er nennt sich Deutschnational oder Deutschvölkisch, steuert aber im wesentlichen auf dieselben Ziele. Er verfügt über eine weitverzweigte Organisation und erfreut sich im zweitgrößten Bundesstaat der deutschen Republik eines solchen Einflusses, daß die Regierung ihm gegenüber beinahe schon einen ebenso kläglichen Schatten darstellt, wie in Rom die selbige Regierung de Facta. Die Kampfanlage des deutschnationalen Parteiführers Bergl auf dem Parteitag in Götting gegen das parlamentarische System ist in hohem Grade geeignet, den putchistischen Elementen in jener Partei den Rücken zu stärken. Das italienische Beispiel wird auf sie eine befördernde Wirkung ausüben.

Seien wir uns also dessen bewußt, daß wir in Deutschland seit dem Einzug Mussolinis in Rom vor einer noch ersten Gefahr stehen als zuvor. Wenn uns etwas beruhigen kann, so ist es die Erinnerung an die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterbewegung gegen putchistische Abenteuer einen viel stärkeren Damm darstellt, als die von Hause aus schwächere und vom Kommunismus durch und durch unterhöhlte italienische Arbeiterbewegung. Erst die Zerschörung dieser Arbeiterbewegung durch das aberwitzige Treiben der Kommunisten hat den Sieg der faschistischen Gewaltbanden ermöglicht. In Deutschland sind wir noch nicht so weit. Sorgen wir dafür, daß wir nicht auch noch so weit kommen.“

Telegramme.

Attentat auf Minister Udrzal.

Raschau, 1. November. (Tsch. P. B.) Als Minister Udrzal und General Mittelhauser aus Trebisow nach Raschau fuhren, waren ungefähr acht bis neun Kilometer vor Raschau etwa zwei Kilometer außerhalb des Raschauer Polizeitrons

von der linken Seite zwei hintereinander rasch abgegebene Schüsse zu hören. Der Chauffeur des Autos, in welchem Minister Udrzal und General Gayda saßen, vernahm den Aufschlag eines Körpers auf der Seitenwand des Autos. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß auf das Automobil Schüsse abgegeben wurden und daß ein Projektil an der äußeren Wand des Wagens ein erhebliches Loch gerissen hat. Nach der Größe der Geschosspur kann geschlossen werden, daß das Projektil von einem Gewehr stammt. Polizei und Gendarmerie haben sofort Nachforschungen eingeleitet und man glaubt, daß sie auf der richtigen Fährte sind.

Verhandlungen Seipels mit den Sozialdemokraten.

Wien, 1. November. R. B. Ueber Einladung des Bundeskanzlers Dr. Seipel fand heute im Parlament eine Besprechung zwischen einer Abordnung des sozialdemokratischen Verbandes und den Mitgliedern der Regierung statt. Dazu u. a. die Abgeordneten Seig, Adler, Bauer, Ellenbogen und Kenner, sowie seitens der Regierung Bundeskanzler Dr. Seipel, Vizekanzler Frank und die Bundesminister Segur und Döehnel erschienen waren. Bundesminister Segur berichtete über die in dem Vorentwurf des Reform- und Sanierungsprogrammes vorgenommenen Änderungen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten, daß durch diese Änderungen ihre Bedenken keineswegs beseitigt seien. Der Bundeskanzler stellte hierauf weitere Mitteilungen der Regierung in Aussicht.

Der Prozeß gegen Hermes.

Berlin, 1. November. (Eigenbericht.) Im Prozeß des Ministers Hermes wurden heute einige neue Zeugen vernommen. Da sie aus den Ministerien nächstehenden Kreisen stammten, verhielten sie sich außerordentlich zurückhaltend und früher bestimmte Aussagen wurden heute stark abgeschwächt vorgebracht. Der Direktor des Trierer Wägenverbandes machte unsichere Angaben. Er meinte, daß der Wein an den Minister Hermes nur deshalb so billig abgegeben worden sei, weil dieser ein Parteifreund sei. Die verdächtigen Redewendungen in dem Schreiben an den Minister seien nur scherzhaft gemeint gewesen. Am Donnerstag folgen die Verhandlungen der Verteidiger.

Beruhigende Versicherungen Mussolinis für Südslawien.

Railand, 1. November. (Savas.) Die „Corriere della Sera“ meldet, versicherte der italienische Gesandte in Belgrad die Regierung des Königreiches SHZ, sie brauche bezüglich der Entwicklung der Ereignisse in Italien keine Besorgungen zu hegen.

Belgrad, 1. November. Anlässlich des Faschisteneinfalles in Suschal und der Verletzung der Grenze Jugoslawiens fand gestern ein Ministerrat statt, in welchem über die Maßnahmen beraten wurde, welche notwendig sind, um eine neuerliche Verletzung der Grenzen zu verhüten. Die Armeekommandanten in Agram und Sarajewo wurden beauftragt, die nötigen Vorkehrungen für eventuelle Zwischenfälle zu treffen.

Inzwischen besuchte der hiesige italienische Geschäftsträger den Minister des Äußeren Rincic und gab der Versicherung Ausdruck, daß die italienische Regierung von dem Wunsche durchdrungen sei, mit den Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Bürger Daumier.

Von Oskar Maurus Fontana.

„Novus nascitur ordo“, „eine neue Ordnung wird geboren“. Das ist das Motto des Journals der allgemeinen Stände, das der Graf von Mirabeau 1789 anfängt herauszugeben. „Konstitution, Freiheit, Wahrheit, Gerechtigkeit und Patriotismus: das sind unsere Güter.“ schreibt er in der ersten Nummer. dreimal wöchentlich soll es erscheinen. Auf den ersten Aufruf melden sich 12.000 Subskribenten. Im selben Monat, da es zum erstenmal die Jägernden alarmiert, ist es schon verboten. Dennoch: Novus nascitur ordo. Es ist das selbe Jahr, in dem Washington der erste Präsident der Vereinigten Staaten wird — ein weithin leuchtendes Feuerzeichen neuen Geistes für alle Königreiche. So weit hat es über den Meer der Bürger gebracht, hier in Europa wird er, entzweit er sich unter Schmerzen und Wehen dem Schoß der Gewalt. Noch geschieht etwa dieses: „Ein Schriftsteller in Wien mit Namen Kappeler ist auf höchsten Befehl zum Rekruten weggenommen worden, um ihn vom Drang zur Aufrklärung zu heilen.“ Aber in Paris schreibt der Doktor Guillotine die erste Bittschrift Pariser Bürger an den König. Der Geist des amerikanischen „freien Volkes“ ist in ihr. Und als weder sie noch sonst eine Bittschrift gehört wird, gehört werden kann, wird aus dem Art der Heiter, arbeitet die Guillotine. Plag für den Bürger, er ist nicht mehr aufzuhalten, er waret im Blut, er ist verwirrt, verhegt von sich selber, er gleitet aus, er fällt, aber das bleibt in

allem Gemehel und Wahnsinn: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ist nicht mehr aus den Geistern zu bannen oder zu brennen, bleibt, leuchtet voran. Auch unter Napoleon. Auch unter dem Bürgerkönig.

Die in den roten Jahren der Revolution herausgetriebenen sind seit geworden, haben den Glanz eines Imperiums genossen, haben sich verweigert, besitzen, sind Hüter des Bestehenden. Der Bürger entartete nach oben und nach unten. Aus dem Bürger wurde der Diktator (Robespierre und der General Bonaparte), aus dem Bürger wurde der Bourgeois. Und als die Diktatoren tot oder wie wilde Tiere eingesperrt saßen, da wimmelte es nur noch von Bourgeois, und der König der „Väuche“ war Louis Philipp mit dem Regenschirm. „Von nun an werden die Bankiers in Frankreich herrschen“, prophezeite der Bankier Lafitte beim Sturz des alten Königtums. Und er hatte recht. Die Bankiers herrschten, die „Väuche“, die Bourgeois. Und was sie wollten, das zeigte sich schreckend, als die Söhne von 1789 die Septemberepisode 1834 beschlossen und Wirklichkeit werden ließen, Presse, Rede- und Versammlungsfreiheit fast aufgehoben worden waren.

Der Bürger war tot, war vergessen. Sein Nachfahre, der Bourgeois, lebte, erfüllte nun Europa, nicht nur Frankreich, sah an Stelle der alten Aristokratie.

Dennoch, nein, der Bürger war nicht tot, sein Geist, sehnsüchtig nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, voll von Wahrheit, Konstitution und Gerechtigkeit, war nicht unzubringen, schrie unter den Mißhandlungen und Lächer auf der Folterbank, auf die ihn die Feigheit der Herrschenden

gespannt hatte. Der Bürger war Karikaturzeichner geworden. Er hatte keine andere Wahl. So behauptete er sich und so stoch er mit immer wieder treffenden Stichen die Gewalt der „Väuche“, ließ sie nicht zur Ruhe kommen, proklamierte auch als Narr mit der Britische das Recht des freien Menschen. Unter diesen unterirdischen Bürgern Frankreichs war der edelste der Maler und Zeichner Daumier, eines der größten künstlerischen Jugenien seines Jahrhunderts. „Je suis de mon temps“, sagte er von sich, und er war von seiner Zeit, sah sie für alle Ewigkeit an.

In seinen Holzschnitten von 1833 bis 1870, die jetzt Eudard Fuchs mit seltener Vollständigkeit bei Albert Langen in München herausgegeben hat, findet man sie, die Herren im Bürgerrock, mit einer Leidenschaft, mit einer Kraft, mit einem Horn, mit einer Sehnsucht gebildet, die über alle Jahreszahlen ins Dauernde weisen, die alle diese Holzschnitte seinerzeitiger Wähler nicht nur zu einer ungeheurer künstlerischen, sondern auch zu einer ebenso ungeheurer politischen Angelenheit machen. Man erinnert sich des bürgerlichen waldenlebens, das Spätere erdachten. Aber wie ist dieses klein im Vergleich zu dieser Welt von Feuer und Wirbel, wie ist es arbeitend gesehen, ohne die innere Anteilnahme, rein als Objekt des Verpotens, weil die Aristokratie etwa mit dem Messer essen oder Loden tragen.

Daumier bogte wie keiner den Bürger, und war doch ein Bürger, voll seiner Tugend, Sozialität und Hilfsbereitschaft. Den, den er bogte, der war der falsche Bürger, der war der Schmarotzer der Zeit, der froch im Bürgerkleid einherging und den Bürgernamen verächtlich machte. Nicht um den Bürger zu blaffen, stehen hier in diesen Holz-

schnitten: der Bürger als Gauner, das Bürgertum als Justiz, der Bürger als Dichter, das Bürgertum als Karneval, der Bürger als Arzt, das Bürgertum als Gesoppter —, sondern um den Verstorbenen, den Säumigen, den Trägen aufzurufen, ihm das Herz wachzurütteln. Sieh, so bist du selber, so häßlich, so voll Niederracht, so voll Unmenschlichkeit, so voll Narrentum: wach auf, vergiß sie nicht die alten Güter: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, führe sie ins Leben, in dein Teil, um sie Wirklichkeit werden zu lassen, säume nicht, tritt an, jede Minute zögern ist unwiederbringlicher Verlust.

So sprechen diese Holzschnitte mit der elementaren Stimme eines Gewitters. Der stürmische Impetus dieses Geistes bleibt durch fast vierzig Jahre derselbe, wird nie schwächer, rettet sich nicht in einen boshafte Sceptizismus, hat als Trost immer nur die Kunst, die Arbeit — wie wundervoll wächst die gestaltende Kraft Daumiers! Niemals hört in Daumier die tiefe Leidenschaft zur Wirklichkeit, zur Vollendung des Menschentums auf, immer in stets neuen Formen sucht in ihm die Demokratie den Weg zur Tatsächlichkeit, strahlt die reinste Liebe eines Bürgers zu dem mißhandelten, mißgebildeten Bürgertum. Er fühlte das brennend: Novus nascitur ordo, er sah die neue Ordnung in irgendeiner Zukunft und litt an der Verwirrung und Gaukeley der Gegenwart. Da tat er seine Pflicht, da trat er vor, da schlug er seine Thesen des Bürgerturns an. Ein Karikaturzeichner, ein Geier und ein Bürger aus der Rot seines Gewissens heraus.

Tages-Neuigkeiten.

Raubbau.

Der „Glück auf!“, das Organ der Union der Bergarbeiter, muß Woche für Woche die traurige Pflicht üben, über die Grubenunfälle zu berichten, die sich in der letzten Zeit erschreckend häufen. Der letzte tödliche Unfall ereignete sich am 21. Oktober am Wilhelmshacht in Bruch bei Dux, wo der Häuer Wenzel Egert beim Streckenrieb tödlich verunglückte. Als Ursache des Unglücks wird angegeben: mangelhafter Ausbau, kein Dedenzug, obwohl man wußte, daß sich oberhalb der Streckendecke eine ziemlich „arte Lettensticht“ befindet. Die Decke brach zwischen den Bauern durch und verschüttete den vor Ort arbeitenden Egert.

Raubbau am Werke ist also die Ursache des tödlichen Unglücks am Wilhelmshacht, Raubbau ist auch die Ursache der vielen, vielen Unglücksfälle, die sich auf den übrigen Schächten dieses Reviers und ebenso der anderen Reviere fortwährend ereignen. Am Werke Paul II der Brucher Kohlenwerksgesellschaft verunglückte in der letzten Zeit 10 Bergarbeiter, davon zwei tödlich. Auch hier datiert der letzte tödliche Unfall vom 21. Oktober.

Der „Glück auf!“ widmet dem Raubbau, der längst zur Regel geworden, folgende treffende Zeilen: „Raubbau, wie er bisher nicht betrieben wurde, ist jetzt selbstverständlich. Sachmännisch, praktisch gilt jetzt nicht. Ein erfahrener Bergmann sollte sich nur unterziehen, Sicherung für seine gefundenen Gänge oder für sein Leben zu verlangen! Bergpolizeiliche Vorschriften gehen die Herren nichts an, und schlägt es heute einen Bergarbeiter zum Krüppel, stehen morgen hundert gesunde willig da. Verantwortung ist für jene Herren ein unbekanntes Wort, es fordert ja niemand Verantwortung für die Opfer des Kapitals; denn sonst müßte es den verantwortlichen Behörden schon längst aufgefallen sein, daß die Spitäler die Opfer gar nicht fassen können, die das Grubenkapital fordert. Niemand hat bis heute die Gruben kontrolliert, ob rationell, sachmännisch abgebaut wird. Man überläßt es den Grubenbaronen, die Güter, die doch der Allgemeinheit gehören, zu verwüsten. Hauptfrage ist und bleibt, daß die Bergarbeiter Mehrwerte schaffen und dazu beitragen, daß die Dividenden steigen. Am die Krüppel, Witwen und Waisen kümmern sich nie, die die Millionen einstreichen, nicht.“

Ein Todesopfer beim Denkmalsturz in Freudenthal.

Aus Freudenthal wird uns geschrieben: In Freudenthal, dem schlesischen Fabriksstädtchen, wo vor gar nicht langer Zeit erst ein harmloser Bürger das Todesopfer der nationalchauvinistisch aufgepeitschten Soldateska geworden ist, hat die Rede der tschechischen Chuvibinisten dieser Tage ein neues Todesopfer gefordert. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde die Bevölkerung der Stadt durch einen Schuß aus dem Schlafe geweckt. Etwa 40 mit Striden und sonstigen Gegenständen ausgerüstete Soldaten waren zum Standort des Kaiser Josefdenkmals gezogen und hatten es gestürzt. Vergebens hatten die durch den Aufmarsch und die Vorbereitungen der Soldaten in großer Zahl herbeigelockten Passanten versucht, die Denkmaltäter von ihrem Vorhaben abzubringen. Das Militär versuchte die protestierende und aufgebrachte Menge zurückzudrängen, wobei plötzlich ohne jeden Anlaß aus der Reihe der Soldaten ein Schuß fiel, der den 18jährigen Max Kienzel zu Boden streckte. Kienzel, dem die Kugel die Schlagsader am Hals durchbohrt hatte, starb auf dem Transport ins Spital. — Nach den Mitteilungen unseres Gewährsmannes ist der Denkmalsturz, der diese traurige und empörende Tat im Gefolge hatte, als ein Raubakt der tschechischen Garnison von Freudenthal aufzufassen. Die Tschechen von Freudenthal hatten am Samstag einen Unterhaltungsabend. Der Zufall wollte es, daß just zu dieser Zeit in der elektrischen Ueberlandzentrale eine Störung eintrat, so daß die Stadt von stieben bis elf Uhr abends ohne Licht war. Daß die Leitung nicht — wie die Tschechen annahmen, oder anzunehmen vorgaben — absichtlich zerstört wurde, geht schon daraus hervor, daß nicht nur Freudenthal, sondern die ganze Umgegend bis Jägerndorf durch die Unterbrechung des Stromes ohne Licht war. Aber das Gerücht fiel bei den nationaltschechischen Verheerern auf fruchtbaren Boden und so kam es zum Denkmalsturz und zu dem Schuß in die wehrlose Zivilbevölkerung. — Die Aufregung über dieses blutige Ereignis ist bei der Bevölkerung Freudenthals und auch des übrigen Schlesiens begreiflicherweise ungeheuer. Die Exekutive der Tschechoslowakischen Arbeiterpartei befaßte sich am Montag in einer Sitzung mit dem Vorfalle und beauftragte den Kreisvertrauensmann, Abgeordneten Genossen Joll, der politischen Landesverwaltung in Schlesien sofort den Protest unserer Partei gegen diesen Gewaltakt der tschechischen Soldateska zu übermitteln und die Regierung aufmerksam zu machen, daß sie die volle Verantwortung für alle kommenden Ereignisse zu tragen habe, die sich aus den beabsichtigten Denkmalstürzen in den übrigen schlesischen Städten ergeben können. Außerdem sandten die Abgeordneten Genossen Joll, Heeger, Gadenberg und Häusler, und die Senatoren Genossen Eint und Pollach folgendes Telegramm an das Ministerratspräsidium in Prag:

Die unterfertigten Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokratie protestieren gegen den unerhörten Gewaltakt der Soldateska in Freudenthal, die das dortige Josefdenkmal stürzte und dabei Schüsse auf die un-

bewaffnete Bevölkerung abgab, wodurch eine Person getötet wurde. Sie verlangen sofortige Untersuchung und strengste Bestrafung der direkt und indirekt Schuldtragenden des Blutbades.

Der Denkmalsturz und der tödliche Schuß von Freudenthal sind ein neuer Beweis für die unerhörten Zustände und die Rechtslosigkeit, in welcher die deutsche Bevölkerung dieses Staates zu leben gezwungen ist. Auch wir erwarten, daß die Regierung in diesem Falle mit aller Unparteilichkeit und Strenge die Untersuchung einleitet und die Schuldigen rücksichtslos zur Verantwortung zieht.

Das deutschnationale Mordgesindel in Sachsen.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: In Leipzig wurden vor einiger Zeit eine Anzahl deutschnationaler, darunter eine Frau Staudinger und ein Zeichner Herbert Rachner, verhaftet, nachdem man bei Rachner in seiner Wohnung Handgranaten, Gasmasken, Gewehrpatronen, Minenverferplatten und andere Waffen gefunden hatte. In dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, das gegen die beiden genannten Personen schwebt, hat Rachner, der im übrigen seine Schuld leugnet, zugegeben, daß er der Frau Staudinger im Juni und Juli d. J. Handgranaten und Sprengkapseln und einem gewissen Heinzje 420 Stück Infanteriemunition gegeben habe. Er will die Waffen im März 1920 vom Zeittreue-Regiment Leipzig mitgenommen und sie im folgenden Monat im Keller seines Hauses vergraben haben. Auf die Frage, wie Rachner dazu gekommen sei, dem Heinzje die Waffen zu geben, hat Rachner vor dem Untersuchungsrichter erklärt: „Heinzje war mir als Mitglied des Verbandes nationalgesinnter Soldaten bekannt und erschien mir deshalb vertrauenswürdig. Ich selbst gehöre dem Verband nationalgesinnter Soldaten nicht an. Ich bin zurzeit lediglich Mitglied der deutschnationalen Volkspartei. Früher habe ich der Organisation Escherich, den Brüdern vom Stein, dem Verein Silberner Schild, dem Nationalverband Deutscher Offiziere und dem Deutschen Herold angehört.“ Auch mit einem früheren Mitglied der Brigade Ehrhardt, Wegelin, dem sächsischen Bevollmächtigten der bekannten Mordorganisation Consul, hat Rachner in Verbindung gestanden. Die weitere Frage, wie Rachner dazu gekommen sei, der Staudinger die Sprengstoffe zu geben und welche Zwecke damit verfolgt worden seien, erklärte Rachner: „Die Staudinger wandte sich an mich, weil sie wußte, daß ich genügend Beziehungen zu Kreisen habe, von denen sie annahm, daß es möglich ist, dort derartige Gegenstände zu finden. Die Staudinger versicherte mir, daß sie damit politische Zwecke verfolgen und daß die Sprengkörper entweder dem Geschäftsführer der deutschnationalen Volkspartei, Rittmeister von Broich, oder der Polizei übergeben werden sollten. Bei der Übergabe des ersten Sprengkörpers handelte es sich darum, daß der Ansehen eines Attentats bei einer Versammlung der NSP in dem Lokal „Drei Rohren“ hervorgerufen werden sollte. Beim zweiten Mal sollte die Handgranate bei einer Sonnenwendfeier der Deutschvölkischen Vereinigungen im Lunapark Verwendung finden. Es kam aber beim zweiten Mal nicht zu einer Verwendung, weil die ganze Veranstaltung verboten worden war.“ Diese Aussagen genügen wohl, um zu beweisen, daß auch die sächsischen deutschnationalen fleißig mit Attentaten und Zersetzungsarbeiten, um durch Provokationen und Lockfalleiten Unruhen hervorzurufen und dabei ihr Geschäft zu machen. Auch die sächsischen deutschnationalen gehen dabei mit vollendeter Gewissenlosigkeit und ohne jede Rücksicht auf Menschenleben vor.

Wie der bairische Kronprinz nach Holland floh.

Am „Tagebuch“ erzählt Kurt Heinig, der beim Zusammenbruch Mitglied des Brüsseler Zentralsoldatenrates war, wie der bairische Kronprinz Rupprecht unruhlich nach Holland entfloh, wo er sich unter dem Namen „Landsberger“ aufhielt. Heinig schreibt da unter anderem: „Zu uns kam der Adjutant des Kronprinzen Rupprecht von Bayern. Er wünschte für seinen Herrn und für sich die Ausreisemöglichkeit; beim Meer könne man nicht mehr bleiben. Wir verwiesen sehr deutlich darauf, daß ein, um in heute üblichen Jargon zu sprechen, pensionsberechtigter Generalfeldmarschall an die Spitze seiner Truppen gehöre, es würde ihn niemand totbeugen.“

Am anderen Tage tobte in unseren Räumen, wie schon seit 90 Stunden, immer noch die Welle der Auskunftsbegehren, der Helfer, kurz: alles durcheinander. Da erschien plötzlich, von deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn v. Landen, begleitet, nebst einigen Spaniern, der spanische Gesandte. Wir räumten höflich, wie alte Diplomaten, mit ein paar weitläufigen Handbewegungen unser Allerheiligstes; zwei brave Jungen mit roten Binden pflanzten sich vor der Tür auf.

Der spanische Gesandte erzählte uns im elegantesten Französisch, lebhaft und drängend, daß der Kronprinz Rupprecht von Bayern sich unter seinen Schutz gestellt habe, das spanische und das bayerische Königshaus seien ja verwandt, er müsse uns deswegen bitten, Arm und Beistand zur Verfügung zu stellen, damit er den Kronprinzen an die holländische Grenze bringen könne. Wie gesagt, von Diplomatie verstanden wir alle vier nicht viel. Aber nachdem die Rede nach dem Versprochenen war, erschien es nicht unrichtig, den Umweg über die holländische Grenze zu gestatten, zumal dadurch der Antritt der Fahrt bei der Dringlichkeit des Kronprinzen weitlich früher erfolgen konnte. Also: „Aber selbstverständlich, wir wählen nicht, was uns lieber wäre, mit dem größten Vergnügen, rote Fahne, Bag und Begleitung stehen zur Verfügung.“

Mir hatten dem Kronprinzen als persönlichen Begleiter einen bayerischen Künstler, einen Offizier, der sich uns zur Verfügung gestellt hatte, bis zur Grenze als besondere Legitimation mitgegeben. Er kam lachend zurück: „An der Grenze hat er mich nach meinem Namen gefragt und sich bedankt. Napoleon hätte mir wahrscheinlich als Andenken seine goldene Uhr geschenkt. Rupprecht wünschte meine Adresse, damit er an mich denken könne.“

Heinig fügte seiner eigenen Erzählung im „Tagebuch“ noch den offiziellen Bericht des Gesandten Landen hinzu, der sich mit seinen Ausführungen vollständig deckt. Der „bairische Rupprecht“ hat demnach beim Umsturz sehr wenig bairischen Selbennut bewiesen.

Kommunistische Spitzelzellen.

Die Not des Volkes in Deutschland wird sowohl von den Deutschnationalen wie von den Kommunisten zur Förderung ihrer agitatorischen Interessen benutzt. Besonders die kommunistische Partei ist eifrig bemüht, die Situation auszunutzen, und sie scheut keinen Rubel, um ihre verlogenen Druckschriften zu verbreiten und das Spitzelsystem auszubauen. Nach welchem System die kommunistische Agitation arbeitet, ergibt sich aus einem Rundschreiben der kommunistischen Bezirksleitung Magdeburg. Anhalt an die kommunistischen Vertrauensleute. In diesem Rundschreiben heißt es unter anderem: „Es muß Gewicht darauf gelegt werden, Verbindung mit der S. P. D. und der U. S. P. D. zu bekommen, um so Berichte über alle innerpolitischen Vorgänge dieser Parteien zu erhalten. Durch die Verschmelzung wird es vielleicht möglich sein, U. S. P. D. Genossen, welche zu uns übertreten wollen, also fest zu uns stehen, in der S. P. D. zu belassen, um Berichte zu bekommen. Wichtig ist für unsere Partei, zu wissen, wie sich die Mitgliedschaft zur Latenlosigkeit ihrer Führer stellt, wie hart die Widerstände sind, die sich gegen Maßnahmen der Parteiführer richten.“ Die reichsdeutschen Genossen werden dem von den Kommunisten erstrebten Spitzelsystem besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Doch die mit russischen Rubeln besoldeten kommunistischen Agitatoren durch ihr Spitzelsystem nicht irgendwelche Erfolge erreichen, dafür muß Sorge getragen werden.

Ein weißer Hahn.

Unter dem Titel „Hypernationalismus“ kritisiert der tschechische Schriftsteller Alois Hajn in der Samstagnummer des „Cas“ die unerfreulichen innerpolitischen Zustände der Tschechoslowakischen Republik. Er gibt zu, daß von tschechischer Seite mancherlei geschieht, was in Hinblick auf den Staat und auf die innere politische Ruhe nicht sein sollte und was den Eindruck bewirkt, Sticheleien und Aufreizungen des nationalen Geistes erweckt; oft treffen und schmerzen solche Kleinigkeiten mehr als ein starker Hieb. Als Beispiel wird das demonstrative Verhalten gegen die Deutschen bei der Eröffnung der Prager Muttermesse angeführt. Die Deutschen werden aufgefordert, die Muttermesse zahlreich zu besuchen, selbst in Deutschland wird für den Besuch der Messe agitiert, aber bei der Eröffnung werden die anwesenden Deutschen vollständig ignoriert. Die Begrüßung erfolgt in tschechischer und französischer Sprache, als ob es sich um ein diplomatisches und nicht um ein wirtschaftliches Unternehmen handeln würde. Ein weiteres Beispiel ist: Die Deutschen beschwerten sich über die Ausschaltung der deutschen Sprache in Prag. Wir verlangen von den Deutschen und Ungarn, daß sie sich loyal auf den Boden des Staates stellen, aber in der Hauptstadt wird nicht ein deutsches Wort auf den Firmamenten oder auf Plakaten gebildet. Prag verliert hiedurch die Bedeutung als Hauptstadt, beziehungsweise als eine europäische Großstadt. Ebenso ist die Sprachenpraxis bei der Post und Eisenbahn, die in erster Reihe den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung Sorge tragen sollen, national-engerzig zum Schaden des raschen und genauen Dienstes.“ Der Verfasser sagt dann: „Nach unserer tiefsten Ueberzeugung ist der Hypernationalismus den Deutschen nicht förderlich, er schadet den Tschechen und untergräbt die Kraft und die hoffnungsvolle gesunde Entwicklung der tschechoslowakischen Republik.“ Und zum Schluß erklärt er: „Ich glaube nicht, daß wir mit den Deutschen niemals einig werden könnten und daß es zwischen uns und ihnen kein anderes Verhältnis als das des Kampfes . . . gibt. Da würden wir unserem Staate die Perspektive innerer Versäufelungserkrankung und Krisen eröffnen, welche seine Entwicklung lähmen würden. . . . Und noch weniger glaube ich daran, daß es möglich wäre, eine drei und eine Viertel Millionen starke deutsche, national bewusste, kulturell und wirtschaftlich entwickelte Minorität mit Gewalt so zu reduzieren und zu schwächen, daß sie eine quantitate negligible wäre. . . . Das ihnen von rechtswegen gebührt, wird ihnen niemand nehmen.“

Ein Reichsbund der deutschen Landjugend.

Am 28. und 29. Oktober fand in Reichenberg ein Jugendtag des Bundes der Landwirte statt, aus dem es zur Gründung eines agrarischen Reichsjugendbundes kam.

Gerichtssaal.

Ein Skandalprozess in Nancy.

Vor dem Schwurgericht in Nancy hat sich jetzt ein hoher Beamter der französischen Forstverwaltung Paul Voppe, wegen Mordversuches, begangen an seiner Frau, zu verantworten. Voppe war mit der Nichte des französischen Schriftstellers und reaktionären Politikers Maurice Barres verheiratet. Im Kriege lernte er eine Madame Labourot kennen, in die er sich verliebte und der zu Liebe er sich seiner Frau zu entledigen trachtete. Als ein Giftmord mißlang, wollte er seine Frau erschießen. Er feuerte auf sie, während sie schlief, einen Schuß ab,

der sie am Kopfe verfehlte. Die Frau, die entsetzt aus dem Schlafe fuhr, hat ihren Mann, mit Rücksicht auf die Nachbarschaft von seinem Tume abzufragen. Voppe schoß jedoch noch einmal, ohne seine Frau jedoch tödlich zu verletzen. Er benahm sich aber äußerst roh zu ihr, und weigerte sich, einen Arzt oder sonst welche Hilfe holen zu lassen. Der Mordversuch wurde verheimlicht, die Frau genes. Bei einem bald darauf stattfindenden Familienrat wurde dann beschlossen, den Mordversuch zwar strengstens zu verheimlichen, Voppe es abzuwehren zu zwingen, daß er sich scheiden lasse und nach Bezahlung von 600.000 Francs an seine Frau, in den Kolonialdienst eintrete. Voppe nahm diese Bedingungen an, erfüllte sie jedoch nicht. Trotz der Geheimhaltung des Mordversuches wurde jedoch die Sache ruhbar und man verhaftete Voppe in dem Augenblicke, als er fliehen wollte. So, den Geschworenen in Nancy hat sich nun Voppe wegen des Mordversuches zu verantworten. Er leugnete seine Tat durchaus nicht. Der Prozess hat natürlich in Frankreich ungeheures Aufsehen erregt, obgleich Voppes Schwiegervater Barre, als strenggläubiger Katholik und als ein Bekämpfer der kirchlichen Moral bekannt ist und man ihm nun darauf kam, daß er mithalf, einen Mord zu verheimlichen. Der reaktionäre Moralprediger hat es auch für richtig befunden, daß der Mörder straflos aus dem Lande verschwinde, wenn nur seinen Kindern ein großes Vermögen gesichert ist. Der Ausgang des Prozesses wird von ganz Frankreich — dem Land der Emulationen — mit Spannung erwartet.

Ein Riesenprozess gegen Ukrainer in Lemberg.

Wien, 1. November. Wie die westukrainische Verhagerung meldet, begann in Lemberg der Prozess gegen den Studenten Fedak, der im Vorjahre in Lemberg auf den Bolschewiker Grabowski ein Attentat verübt hat. Fedak erklärte bei seinem Verhöre, daß er kein polnischer Staatsbürger sei und daß er, da er die Tat auf westukrainischem Boden beging, vor ein ukrainisches Gericht gestellt zu werden wünsche. Fedak griff in seinen Ausführungen den Vorsitzenden an, so daß ihn der Gerichtshof zu einer Disziplinarstrafe von 10.000 polnischen Mark verurteilte. In Fortsetzung seiner Erwiderung auf die Verhörfragen des Vorsitzenden schilderte Fedak die ungläublichen Zustände in den Interniertenlagern, wo Tausende Ukrainer zu Tode schickariert werden. Mit Fedak sind noch 11 Ukrainer, größtenteils Hochschul-, vord. Gericht gestellt. Wie das Lemberger „Dilo“ zu diesem Prozesse meldet, wurden in Lemberg in den letzten Tagen massenhafte Verhaftungen von „verdächtigen“ Ukrainern durch die polnischen Behörden vorgenommen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die deutsche Sozialdemokratie Polens. In den westlichen Gebieten Polens finden sich unter dem Deckmantel noch von früher her bestehende sozialistische Organisationen, so z. B. im Posenischen, in Oberschlesien, in Bielski. Das zahlenmäßig allerdings nicht starke Deutschum des ehemaligen Russisch-Polens entbehrt dagegen bis vor nicht allzu langer Zeit jedes sozialistischen Zusammenschlusses. Der einzige Ort, der hierfür in Frage kam, ist Lodz, das große Textilzentrum. Vor 100 Jahren war Lodz fast ganz deutsch, freilich nur ein Rest von wenigen tausend Einwohnern. Heute zählt es aber eine halbe Million, darunter reichlich 30.000 Deutsche, unter diesen wieder etwa 15.000 Arbeiter. Hier ist es nun endlich vor einigen Monaten zur Gründung einer sozialistischen Partei gekommen, die den Namen „Arbeitsgemeinschaft“ führt. Das Hauptverdienst hiervon haben einige tüchtige, jüngere einheimische Führer. Die Gründung hat sich günstig entwickelt, und schon bei den Wahlen zum polnischen Sejm dürfte die Arbeitsgemeinschaft mehrere Vertreter im Verband des Widerstandes durchbringen. Lodz ist für politische Agitation ein ungünstiger Boden. Alles ist hier gewerkschaftlich interessiert und organisiert, umso notwendiger war es, daß hier ein Zusammenschluß der deutschen Arbeiter erfolgt, die bisher ihre Klasseninteressen nur durch die polnische sozialdemokratische Partei wahrnehmen lassen konnten.

Literatur.

Musikwerke des 18. Jahrhunderts. Ein Unternehmen besonderer Art hat die neugegründete Edition Bernoulli, Basel und Berlin, begonnen. Sie veröffentlicht eine bisher unbekannte verschollene Musik des 18. Jahrhunderts aus der Epoche zwischen Bach und Beethoven, die durch die klassische Kunst leider beinahe völlig aus unserem Gedächtnis verschwunden ist. Es ist eine Kunst voll von Intensität, Jugend, Feuer und Frische ohne Gleichen. Bisher sind erschienen eine Symphonie in G-Dur von Luigi Boccherini und zwei Quintette von demselben Meister, ein Quartett in B-Dur von Johann Stamitz, Werke von Rigel, Polaci, Rautmann u. a. folgen in Kürze. Wiederentdecker dieser Musik ist Dr. Robert Zundhammer, der auch die Ausgaben besorgt.

Ein Führer durch die sozialistische Literatur. Das wertvolle Büchlein Benedikt Kautsky's, das wir unlängst angelegentlich und dessen Titel durch einen Irrtum der Druckerei ausfiel, heißt: „Was ist Sozialismus?“

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Kleine Chronik.

Untergang eines Segelschiffes. Das Segelschiff „Corfaire“ ist auf der Fahrt von Doulogne nach Orient auf der Höhe von Corsica untergegangen. Die Matrosen des „Corfaire“, die ins Meer gesprungen waren, wurden bei hohem Seegang von der Besatzung eines deutschen Schiffes gerettet.

Grubenunglück in Bochum. Montag früh hat sich auf der Zeche „Bruchstraße“ in Bochum eine Kohlenstaubexplosion über Tage ereignet, bei der noch den bisher vorliegenden Nachrichten fünf Menschen getötet und 21 schwer oder minder schwer verletzt wurden. Die Explosion ist wahrscheinlich von dem unter einer Kohlenwippe lagernden Kohlenstaub ausgegangen, die außer Betrieb war. Die Ursache der Explosion dürfte auf Kurzschluss zurückzuführen sein, da in der Nähe der Kohlenwippe ein Elektromonteur mit Reparaturen beschäftigt war. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet. — Soweit bekannt, handelt es sich um die erste Kohlenstaubexplosion über Tage.

Selbstmordversuch. Die 20jährige Pflegerin Marie Purkht aus Roßlau warf sich gestern nachmittag in der Nähe der Militärverpflegungsmagazine unter die Räder des Zuges, der vom Buszta-Bahnhof nach Weleslavin fuhr. Sie wurde von der Lokomotive zur Seite geschleudert und erlitt eine sehr schwere Kopfverletzung. Nachdem ihr vom Arzt der Rettungstation die erste Hilfe zuteil geworden war, wurde sie in das Allgemeine Krankenhaus überführt. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Neuer Lohnvertrag in der Porzellanindustrie.

Wie bereits bekannt gegeben wurde, sind vor kurzem die Lohnverhandlungen der gesamten Porzellanindustrie gescheitert. Am 30. d. M. fanden nun neuerdings in Karlsbad Verhandlungen statt, die nach stellenweise sehr stürmischem Verlauf doch zu dem Ergebnis geführt haben, daß ein neuer Kollektivvertrag für die gesamte Arbeiterschaft der Porzellanindustrie abgeschlossen wurde. Das Ende dieser Verhandlungen bedeutet wie in allen anderen Berufen auch für die Porzellanindustrie einen sehr empfindlichen Abbau der bisherigen Löhne u. zw. wird allen Arbeitern je nach der Höhe ihres Lohnes der Effektivlohn um 10, 15 und 20 Prozent gekürzt.

Mit 13. November 1922 und 15. Jänner 1923 werden mit Ausnahme der gering entlohnten Arbeiter alle die vorgenannten Abschläge um je weitere fünf Prozent erhöht. Dieser Lohnabbau der zweiten Etappe stieß auf den heftigsten Widerstand der Arbeiterschaft und ist beinahe in allen Betrieben von der Arbeiterschaft abgelehnt worden. Der Verbandsvorstand und die Delegierten der Arbeiterschaft, welche bei der Verhandlung anwesend waren, standen nun vor der schwierigen Frage, darüber zu entscheiden, ob es besser ist, die Verhandlungen neuerdings scheitern zu lassen, oder doch zu einem Ergebnis zu kommen, welches der Arbeiterschaft die im Kollektivvertrag enthaltenen Rechte der Arbeiter auch weiterhin sichert und ferner es ermöglicht, daß wie bisher, die Hilfsaktion der Arbeitslosenunterstützung in der bisherigen Weise seitens des Unternehmerverbandes weiter geführt wird, ja im Gegenteil, noch dadurch verbessert werden soll, daß in Zukunft auch die Kurzarbeiter die Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Nachdem wir heute bereits über 3000 arbeitslose Porzellanarbeiter haben, bei welchen die 20 Prozent Mehrunterstützung im Gegenzug zur staatlichen schon eine besondere Rolle spielt und ferner für die nächste Zeit auch die Kurzarbeiter, deren Zahl heute schon über 5000 beträgt, nun ebenfalls eine Unterstützung erhalten sollen, war es für den Verband eine moralische Pflicht, diese schlechtest gestellte Schicht der Arbeiterschaft, die gegenwärtig die Mehrheit der Mitglieder des Verbandes repräsentiert, vor allem bei den Verhandlungen zu berücksichtigen und nach einem Wege zu suchen, der doch zu einem Abschluß führte.

Nachdem die Unternehmer unter allen Umständen aus rein prinzipiellen Gründen auf den 10prozentigen Abschlag verharren, haben wir neuerdings bei den Verhandlungen den Versuch gemacht, wenigstens diesen Abschlag in zwei Etappen zu teilen und besonders die zweite Etappe so weit als möglich hinauszuschieben. Dies ist schließlich dadurch gelungen, daß der 3. Lohnabbau von 5 Prozent erst am 15. Jänner 1923 vorgenommen wird. Eine andere Lösung dieses schweren Konfliktes, ohne weit höhere und größere Schädigungen der Arbeiterschaft herbeizuführen, war nicht zu erreichen. Es bestand die Gefahr, daß die Unternehmer den zweiten Lohnabbau am 13. November im Wege des Diktats der Arbeiterschaft aufzwingen könnten und so wäre bei einem Großteil der Arbeiterschaft auch beim Scheitern der Verhandlungen dieser 10prozentige Abzug gekommen, ohne daß ihnen die Rechte, die sie heute vertragsmäßig wieder besitzen, erhalten geblieben wären.

Lohnverhandlungen in der Kaolinindustrie. Bei den am 30. Oktober l. J. in Karlsbad stattgefundenen Verhandlungen mit den Kaolinindustriellen wegen Lohnabbau ist man wieder zu einer Einigung gekommen und der Vertrag konnte wieder abgeschlossen werden, nachdem die Delegierten in einem 5-10prozentigen Lohnabbau einwilligten. Das Ergebnis der dreimaligen Verhandlungen ist, daß doch die Wünsche der Unternehmer einigermaßen eingeädumt und daß bei dem Lohnabbau die niedrigen Verdienner wenig oder auch gar nicht in Betracht kommen. Der Lohnabbau tritt in Kraft mit der Lohnwoche, in welche der 1. November 1922 fällt. Angeführt soll noch werden, daß das Verlangen der Unternehmer anfäng-

lich dahin ging, auch in der Kaolinindustrie dieselben Reduzierungen vorzunehmen wie in der Porzellanindustrie. Dieses Verlangen konnte jedoch abgewehrt werden, u. zw. aus dem Grunde, weil heute in der Kaolinindustrie noch eine ziemlich Konjunktur herrscht und die Arbeiterschaft voll beschäftigt ist.

Der Lohnabbaukampf im Bodensbacher Gebiet. In der Sitzung des Bezirksgewerkschaftsrates Bodensbach gab Gen. Zimmer eine Uebersicht über den Stand der Vertragsabschlüsse, dem wir folgendes entnehmen: Bei den Textilarbeitern ist es zu einem Vergleich mit 22 Prozent Abbau bis Jänner 1923 gekommen. Die Lebensmittelarbeiter haben durch Vereinbarung Lohnkürzungsstufen von 12, 16, 24, 28 Prozent, im Durchschnitt also von 20 Prozent bis Ende Jänner 1923 festgelegt. Bei den Knopfabarbeitern ist der Abschluß bis Ende des Jahres so erfolgt, daß für Oktober, November 20 Prozent, für Dezember 25 Prozent Lohnabbau in Kraft treten. In der Metallindustrie ist der Kampf noch nicht abgeschlossen. Verhandlungen wurden auf der Grundlage geführt, daß vom 1. bis 15. November eine Reduktion von 20 Prozent wirksam wird, ab 15. November weitere 10 Prozent. In der letzten Zeit wagt sich in der Metallindustrie ebenfalls die Lage zu und sind Entlassungen angekündigt worden. In der chemischen Industrie kam es bei Jenta in Krásko zu einem eintägigen Streik wegen Verschleppung der Verhandlungen. Die Unternehmer wollten hier ab 16. Oktober eine 20prozentige Lohnkürzung durchsetzen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß bis zum 15. Dezember 1922 doch nur 15 Prozent, von dieser Zeit ab dann erst 20 Prozent Abbau erfolgt. An 400 Arbeiter sind daran beteiligt. Im Transportgewerbe sind ebenfalls Personalvermindierungen zu verzeichnen. Der Vertrag ist gekündigt. Im graphischen Gewerbe wird größtenteils in verkürzter Schicht gearbeitet.

Katastrophale Arbeitslosigkeit in Metallgewerbe. Der internationale Metallarbeiterverband veröffentlicht die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder im September. Es waren Ende September 7743 Metallarbeiter oder 27,6 Prozent der Mitglieder vollständig arbeitslos. Mit den Kurzarbeitern gab es am Ende des Berichtsmontates 20.025 arbeitslose und verkürzt arbeitende Mitglieder oder 71,3 Prozent aller erfassten Mitglieder. Es sind also mehr als ein Viertel der Mitglieder vollständig arbeitslos, fast drei Viertel sind von den Wirkungen der Krise betroffen.

Das Ergebnis der Anbauflächenerhebung im Jahre 1922 wird soeben im 51. Heft der Mitteilungen des statistischen Staatsamtes veröffentlicht. Das Gesamtanbauausmaß betrug etwas über 14 Millionen Hektar. Davon waren 42 Prozent Ackerboden, 10 Prozent Daurowiesen, 1 Prozent Gärten, 0,12 Prozent Weingärten, 8,6 Prozent Hüweiden, 33 Prozent Wälder, 1 Prozent Teiche, Seen und Sümpfe und 4,5 Prozent verbaute und andere unproduktive Flächen.

Der Rubel sinkt. Am 6. Oktober stand der Goldrubel auf 4.500.000 Sowjetrubeln — er ist inzwischen bis zum 23. nach der amtlichen Moskauer Notierung auf 8.000.000 Rubel gestiegen. Der Papierrubel hat sich also in dieser kurzen Zeit auf die Hälfte entwertet. Anfang Juni kostete ein Goldrubel erst 1.200.000 Sowjetrubel. Die außerordentliche Verschlechterung des russischen Papiergeldes kommt im Vergleich zur deutschen Mark, die inzwischen auch gefallen ist, nicht so sehr zum Ausdruck. Trotzdem stieg der Kurs der Mark in der Woche vom 14. zum 23. Oktober von 3750 auf 4300 Mark. Der Dollar dagegen, der am 14. Oktober 7,7 Millionen Sowjetrubel kostete, kostet jetzt bereits 15 Millionen Sowjetrubel! Alle diese Kurse werden im freien Verkehr noch überboten.

Der Kampf gegen die Krankenversicherung. Die Unternehmer beginnen wiederum einmal gegen die Krankenversicherung Sturm zu laufen. So rückt auch ein Herr J. Dr. Dominik Schausberger aus Warndorf in den „Mitteilungen des deutschen Hauptverbandes der Industrie“ aus, um die Schädlichkeit der Krankenversicherung zu „beweisen“. Der genannte Jurist meint, daß an dem Zuwachs der Erkrankungsfälle lediglich das hohe Krankengeld Schuld sei. Er verschreibt den Krankenkassen am Schluß seiner Ausführungen ein Rezept, das genau so wirken würde, wie die Behandlung eines Magenkranken mit Aspirin. Seit der Erhöhung des Krankengeldes ist ein Ansteigen der Krankmeldungen zu verzeichnen; das ist ja nicht zu verwundern, da einem Kranken mit einem Krankengeld von 28 Kronen natürlich mehr geholfen wird, als mit dem früheren Trinkgeld von sechs Kronen. Die Möglichkeit zur Gesundung bei einer Unterstützung von sechs Kronen war nicht vorhanden, der Kranke mußte trotz seines Leidens der Arbeit nachgehen und gab so den Unternehmern Anlaß, ihn auf's Plaster zu werfen, da seine Leistungen nicht vollwertig sein konnten. Auch dürfen beim Anwachsen des Krankenstandes nicht die Kriegsfolgen vergessen werden. Haben nicht nach dem Kriege unzählige Kranke die Arbeitslosenunterstützung bezogen, da diese damals höher war, als das Krankengeld? Das Schlimmste ist nach dem Herrn Schausberger die Tatsache, daß ein Kranker in den ersten Wochen der Krankheit mehr Unterstützung erhält, als der Wochenlohn überhaupt beträgt, weil auf Grund des Paragraphen 1154 h des A. B. G. ein Entgelt bezahlt werden muß. Bei etwas mehr in eusehenfreundlicher Ueberlegung würde der Herr Doktor darauf kommen, daß ein Kranker oft mehr bedarf als ein Gesunder, um seine Gesundheit wieder zu erlangen. Wir möchten betonen, daß es sich einige Gewerkschaftsorganisationen zur Pflicht gemacht haben,

nach Beendigung des Entgeltes ihren Mitgliedern eine Rotunterstützung zu gewähren. Daß es dabei Simulationen nicht geben kann, ist selbstverständlich, weil gerade die gewerkschaftlichen Organisationsfunktionäre sehr strenge Verwalter der Organisationskassen sind. Am Schluß des Artikels des Herrn Dr. Schausberger wird „Arbeiten und Sparen“ empfohlen. Dem stimmen gewiß alle Versicherten zu, doch als Grundlage jeder Arbeit dient die Gesundheit und als Grundlage des Sparens die Existenzmöglichkeit.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Wien	100	Schw. Krant	0'17.45
Berlin	100	Mark	143.00
Wien	100	öterr. Kr.	2400.00

Züricher Schlusskurse.

Paris	100	Frank	247.50
London	100	Pfund	22.75
Berlin	100	Mark	143.00
Wien	100	öterr. Kr.	2400.00

Kunst und Wissen.

Prager Madrigal- und Quartett-Vereinigung. Um die bisher wenig zu Worte gekommene Madrigal- und Quartett-Literatur zu pflegen und zu Gehör zu bringen, beabsichtigt eine Vereinigung solistisch gesullter Sänginnen und Sängler im Laufe dieses Winters unter der Leitung ihres Dirigenten Karl Nowak einschlägige Werke dieser Art aufzuführen. Die erste Veranstaltung, italienische und deutsche Madrigale des 16. und 17. Jahrhunderts, sowie Chr. Verhards Kantate „Ich habe an alles Tun“ findet Sonntag, den 12. November um 5 Uhr in der Wallseerkirche (Prag III, Matzkele nam.) statt. Eintritt frei. Auf diese der musikalischen Vorbildung in weitestgehendem Maße Rechnung tragenden Veranstaltungen seien unsere Leser eindringlichst aufmerksam gemacht.

Neues Theater. Heute, den 2.: „Der Bettelstudent“; Freitag, den 3.: „Bajabere“; Samstag, den 4.: „Der Barbier von Bagdad“; 10 Uhr nachts „Rosa Mischul“ (Gastspiel Gisela Werberitz).

Kleine Bühne. Heute, den 2.: „Bauwan“; Samstag, den 3.: „Schöne Seelen“, „Braubau“, „In Einsigkeit Amen“; Sonntag, den 5.: nachmittags „Rosa Mischul“ (Gastspiel Gisela Werberitz), abend „Frau Lehengrin“ (Premiere mit Gisela Werberitz).

Aus der Partei.

Kurs für Vertrauensleute im Karlsbader Gebiet. Die Exekutive des Kreisbildungsausschusses der Kreisorganisation Karlsbad hat die Durchführung eines Kurses für Vertrauensleute beschlossen. Die Vorträge des ersten Teiles des Kurses finden statt: Joachimstal, am 4., 11., und 25. November, 2. und 9. Dezember, abends 7 Uhr. Karlsbad, am 5., 12., 19. und 26. November, 3. und 10. Dezember, vormittags 9 Uhr. Reudel, am 5., 12., 19., und 26. November, 3. und 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr und zwar über „Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung“. Referent Genosse Wenzel Horn, Karlsbad. „Die nationale Frage“, Referent: Genosse Josef Hofbauer, Tephli-Schnau. „Klassenkämpfe und Verfassungskämpfe in Böhmen. Von Hus bis Masaryk“. Referent: Genosse Dr. Emil Strauß, Prag. „Die Frau und der Sozialismus“. Referentin: Genossin Gusti Burak, Karlsbad. „Partei und Gewerkschaft“. Referent: Genosse A. Schuster, Karlsbad. „Die Genossenschaftsbewegung“. Referent: Genosse August Brouschel, Karlsbad. — In Elbo-

gen, am 4., 11., 18. und 25. November, 2. und 9. Dezember, abends 7 Uhr. Falkenau, am 5., 12., 19. und 26. November, 3. und 10. Dezember, vormittags 9 Uhr. Graslitz, am 5., 12., 19. und 26. November, 3. und 10. Dezember, 3 Uhr nachmittags über „Die Einführung in den Sozialismus“ Vortragender: Kreisparteileiter Gen. Wondrak, Karlsbad. — Der zweite Teil des Kurses wird nach Neujahr abgehalten werden.

Kreisorganisation Weinberge-Rußle-Brasovic. Heute Donnerstag, den 2. November, 8 Uhr abends Versammlung im Restaurant „Konopischer Bierhalle“, Weinberge, Rubesgasse 7. Tagesordnung: Bericht der Delegierten von der Bezirkskonferenz Eventuelles.

Turnen und Sport.

DFC. gegen Bräsvic 2-3 (1-1). Vollständiges Verlegen des DFC., bei dem nur Mahrer (früher Tephli) wirklich erstklassigen Fußball zeigte und der beste Mann des Feldes überhaupt war. Das Zusammenpiel des DFC. war direkt jämmerlich, während Bräsvic wenigstens zeitweise recht kombinierte. Die Hauptschuld an dem Ausarten des sportlich vollständig wertlosen Spieles trägt der Schiedsrichter, der hilflos am Plabe herumließ und des öfters ohne Grund sein Pfeifwerk ertönen ließ, um dann nicht zu wissen, was er tun solle. Versuch schwach.

Slavia gegen Viktoria Žilow (Nachtragsspiel) 1-0. Das Gefaniffore des Pokalspieles, das gestern zu Ende gespielt wurde, beträgt demnach 4-1 für Slavia. Kommenden Sonntag tritt Slavia im Pokalfinale gegen AC. Sparta an.

Die „Reinigung“ des Tephlier FA. Das Wiener „Sport-Tagblatt“ schreibt darüber: „Einige Wanderungen von Spielern vollziehen sich in Prag. Kolenath, der Flügelstürmer der Sparta, ist zur Slavia überfiedelt, und der Tephlier Deutsch-Tscheche Kozeluh wird gleichfalls in Zukunft in den rot-weißen Farben spielen. Bis sich die weiteren Absichten der Tephlier Vereinsleitung geklärt haben werden, wird man wissen, ob noch eine Anzahl guter deutsch-böhmischer, tschechischer und ungarischer Fußballer auf den Prager Markt (!) gelangen wird.“ — Nach dem Wiener „Sport-Tagblatt“ gibt es somit bereits Märkte für Fußballer. Sport und Markt! Mehr sollte sicherlich nicht, um den bürgerlichen Sport ganz in den Schmutz hinabzuziehen, in dem er sich sehr wohl zu fühlen scheint.

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK TEE PRAG

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Czernia. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



MEIN MANN hat recht ich kaufe nur



OSRAM NITRA Das sonnenklare weiße Licht

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakischen Republik Hauptanstalt Prag II., Brodovská 14 mit Zweigstelle Prag III., Graben 26. Zweigstellen: Aussig, Brünn, C. Teschen, Jägerndorf, Reichenberg, Trautmann, Troppau. Einlagen gegen Einzahlungsbücher und laufender Rechnung. Kulanteste Durchführung aller Ueberweisungen in das In- und Ausland, Ein- und Verkauf von Wertpapieren, Dividenden, Valuten. Durchführung aller Bankgeschäfte.

wegen seiner Güte und Feinheit seines sparsamen Verbrauchs u. wegen der entzückenden Seidenmuster zu meinen Handarbeiten für das Preisauschreiben. Bitte beachten Sie das Preisauschreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!